

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

17. WP - 28 . Sitzung

am Mittwoch, dem 19. Januar 2011, 10 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Bernd Schröder (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

i. V. von Hartmut Hamerich

Regina Poersch (SPD)

Marion Sellier (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Christopher Vogt (FDP)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100	
(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den <b>Innen- und Rechtsausschuss</b> , den <b>Finanzausschuss</b> , den <b>Wirtschaftsausschuss</b> , den <b>Europaausschuss</b> und den <b>Sozialausschuss</b> )	
<b>2. Wertgrenzen dauerhaft anheben</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/504	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/1750	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 17/1769	
(überwiesen am 20. Mai 2010 an den <b>Wirtschaftsausschuss</b> und den <b>Finanzausschuss</b> )	
<b>3. Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/718	
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/952	
(überwiesen am 16. Dezember 2010 an den <b>Wirtschaftsausschuss</b> , den <b>Bildungsausschuss</b> und den <b>Sozialausschuss</b> )	
<b>4. Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“</b>	<b>10</b>
Umdruck 17/1662	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>11</b>
- Initiative für ein Gespräch des Ausschusses mit wichtigen Akteuren der Offshore-Windenergiebranche	

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1100

(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Sozialausschuss)

Nach kurzer Diskussion kommen die Ausschussmitglieder überein, den federführenden Innen- und Rechtsausschuss zu bitten, den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig in die Vorbereitungen des geplanten Anhörverfahrens einzubeziehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Wertgrenzen dauerhaft anheben**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/504

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Umdruck 17/1750

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Umdruck 17/1769

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanz-  
ausschuss)

Abg. Callsen begründet für die Koalitionsfraktionen den Änderungsantrag Umdruck 17/1750 und Abg. Poersch den Änderungsantrag der SPD, Umdruck 17/1769. In der folgenden Aussprache setzen die Sprecherinnen und Sprecher der Oppositionsfraktionen der Formulierung im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, die mit ihrem Änderungsantrag Umdruck 17/1750 den Landtag bitten, die Entscheidung der Landesregierung zu begrüßen, die Regelung über die erhöhten Schwellenwerte bei öffentlichen Aufträgen in Höhe von 1 Million € bei Beschränkten Ausschreibungen sowie in Höhe von 100.000 € bei Freiländigen Vergaben bis zum 31. Dezember 2011 befristet verlängert zu haben, entgegen, dass man in den bisherigen Beratungen vereinbart habe, eine Beschlussempfehlung an das Plenum erst nach Vorlage der Ergebnisse der hierzu in Auftrag gegebenen bundesweiten Evaluation zu verabschieden.

Die Frage von Abg. Dr. Tietze, zu welchem Zeitpunkt das Ergebnis der hierzu erwarteten bundesweiten Evaluation vorliegen werde, erwidert St Dr. Zieschang, dass die Landesregierung davon ausgehe, dass das Gutachten wahrscheinlich in der ersten Jahreshälfte 2011 vorliegen werde. Aus diesem Grund habe die schleswig-holsteinische Landesregierung wie die Landesregierungen vieler anderer Bundesländer entschieden, die hier in Rede stehende Regelung bis zum 31. Dezember 2011 befristet zu verlängern, um nach Auswertung des Gutachtens dann eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, lässt sodann zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Umdruck 17/1769, abstimmen. - Der Änderungsantrag wird mit den Stimmen

von CDU, FDP und der LINKEN gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Umdruck 17/1750, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, der LINKEN und des SSW bei Enthaltung der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Damit empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme der Drucksache 17/504 in der Fassung des Umdrucks 17/1750.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/718

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 17/952

(überwiesen am 16. Dezember 2010 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

Einleitend äußert Abg. Dr. Tietze, dass seine Fraktion mit der Beantwortung der Großen Anfrage durch die Landesregierung äußerst unzufrieden sei. Die Antwort durch die Landesregierung weise in großer Regelmäßigkeit darauf hin, dass Fragen nicht beantwortet werden könnten, weil dazu die entsprechende Datengrundlage fehlte. Er zitiert an dieser Stelle aus einem Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichts zur „Reichweite der Antwortpflicht und (zu) Begründungsanforderungen bei Antwortverweigerung auf schriftliche Kleine Anfragen“ aus dem parlamentarischen Bereich (s. Anlage zu dieser Niederschrift). Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe mit der Großen Anfrage die Absicht verfolgt, Daten zu gewinnen, die es den im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Fraktionen ermöglichten, weitergehende Analysen bezüglich der regionalökonomischen Bedeutung der Uni Lübeck für Lübeck und für Schleswig-Holstein insgesamt anstellen zu können. So habe auch die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingesetzte Arbeitsgruppe „Medizin“ erwartet, auf der Grundlage der mit der Antwort durch die Landesregierung zur Verfügung gestellten Daten weiterarbeiten zu können.

Abg. Baasch schließt sich grundsätzlich dem Monitum seines Vorredners an und betont, auch die SPD-Fraktion halte die Antwort für „dünn“. Aber er, Abg. Baasch, wolle an dieser Stelle nach vorn gucken und wolle deshalb ganz konkret die Frage 28 ansprechen, in deren Beantwortung durch die Landesregierung es ebenfalls heiße, dass über den Umfang der regionalökonomischen Effekte keine Erkenntnisse vorlägen. Er stelle sich nun die Frage, wie es in Zukunft möglich sein könne, regionalökonomische Effekte datenmäßig zu belegen und dann auf dieser Basis Unternehmensausgründungen Förderung und Unterstützung angeheißen zu lassen.

St Dr. Andresen nimmt zunächst zur Frage der Förderung Stellung. Sie sei der Meinung, dass die Antwort der Landesregierung sehr detailliert darauf hinweise, welche Förderungen im Umfeld der Uni Lübeck stattfänden, und zwar insbesondere im außeruniversitären Bereich. Beispielhaft nennt sie die Angaben zu den Fragen 21, 22 und 23 der Großen Anfrage. Dazu, dass die Antwort zur Frage der regionalökonomischen Effekte mangels valider Daten Aussagen vermissen lasse, betont St Dr. Andresen, dass man sicherlich nicht leichtfertig geschrieben habe, dass Aussagen wegen fehlenden Datenmaterials nicht getroffen werden könnten. Im Zuge der Beantwortung der Großen Anfrage habe man auf Arbeitsebene sehr intensiv darüber diskutiert, welche Fakten im Einzelfall dargestellt werden könnten und was stichhaltig bewiesen sei. Wenn ihr Haus mehr Datenmaterial zur Verfügung gehabt hätte als das, was in der Beantwortung der Großen Anfrage zum Ausdruck gekommen sei, hätte man dies selbstredend mit aufgenommen.

Herr Dr. Wolf, der als Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft an der Erarbeitung der Antwort mitgewirkt hat, unterstreicht, dass in wesentlichen Punkten statistisches Material nicht verfügbar gewesen sei. Auch seine direkten Interventionen bei der Universität Lübeck hätten keine belastbaren Zahlen zum Ergebnis gehabt. Er kenne nur eine Studie in Form einer Masterarbeit zu dieser Themenstellung in Bezug auf die Flensburger Fachhochschule. Untersuchungsergebnisse, Daten hingen nun einmal von vielen Parametern ab, die von Ort zu Ort unterschiedlich seien. Darüber hinaus müsse man dann, wenn man regionalökonomische Effekte ableiten wolle, einen Input- und Outputvergleich anstellen, der immer auf unterschiedlichen Annahmen basiere. Insofern könne man hier durchaus mit den Parametern „spielen“. Wenn man regionalökonomische Effekte zur Grundlage von Infrastrukturentscheidungen im Hochschulbereich zugrunde legen wollte, müsste man zum Beispiel auch betrachten, welche Effekte beim Einsatz von Finanzmitteln im Falle einer anderen Verwendung (als im Hochschulbereich) einträten. Insofern bedürfte es hier eigentlich eines Gutachtens zur „Gleichgewichtsanalyse“, um ein Gesamtbild mit Alternativen abbilden zu können. Eine solche Studie wäre jedoch sehr umfangreich und mit Sicherheit sehr teuer gewesen.

Abg. Baasch fragt, ob vergleichsweise Untersuchungen für andere Universitäten in Deutschland durchgeführt worden seien. - Herr Dr. Wolf erwidert, ihm sei nur die erwähnte Studie bezüglich der Fachhochschule Flensburg bekannt, in der man versucht habe, regionalökonomische Effekte abzuschätzen. - Abg. Dr. Tietze erklärt, seine Fraktion habe sich sowohl mit der hier angesprochenen Flensburger Studie befasst als auch Kenntnis davon, dass es bezüglich des Universitätskomplexes Marbach-Gießen einschlägige Untersuchungen gebe. - St Dr. Andresen weist darauf hin, dass es sich bei den von Abg. Dr. Tietze bezüglich Marbach-Gießen ausgewerteten Trägerkosten um ein sehr komplexes Thema handele. Es sei richtig, dass dies bezüglich Marbach-Gießen bearbeitet worden sei, aber entscheidend sei doch,



dass dann, wenn die Aussagen, die jeweils dahinter stünden, in den zuständigen Gremien erörtert würden, deutlich werde, dass jedes Bundesland andere Parameter verwende. Zudem müsse man wissen, dass auch nicht jede Universitätsverwaltung Daten preisgebe. Dies lasse den Gesichtspunkt der Vergleichbarkeit sicherlich nicht unproblematischer erscheinen.

Auf die Feststellung durch den Vorsitzenden, Abg. Schröder, dass der Ausschuss damit die Antwort abschließend zur Kenntnis genommen habe, erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**

Umdruck 17/1662

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beschlüsse, die dem Umdruck 17/1662 zu entnehmen sind, zur Kenntnis. Den Fraktionen werden sich daraus ergebende parlamentarische Initiativen anheimgestellt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Anregung von Abg. Arp und Abg. Kumbartzky legen die Ausschussmitglieder einvernehmlich als Termin für eine Fortsetzung des Treffens auf Helgoland eine Gesprächsrunde mit wichtigen Akteuren der Offshore-Windenergiebranche am 6. April 2011 in Kiel fest. Als Dauer für dieses Gespräch werden zwei bis drei Stunden eingeplant. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen werden den endgültigen Teilnehmerkreis innerhalb der nächsten Woche mitteilen.

Für den 18. Mai d. J. plant der Ausschuss den Besuch bei der FH in Lübeck. Gegebenenfalls sollen auch noch andere „Besuchsstationen“ in Lübeck eingeplant werden. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen werden Vorschläge innerhalb der nächsten Woche mitteilen.

Abg. Dr. Tietze spricht einen Zeitungsbericht an, nach dem es in Hamburg einen Modellversuch mit recycelten Fahrbahnbelägen gebe, und bittet das MWV um Informationen hierzu in der nächsten Ausschusssitzung.

Abschließend besteht im Ausschuss Einvernehmen darüber, einen möglichen Besuch von Abgeordneten bei der ITB in Berlin jeweils fraktionsintern umzusetzen.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer